

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ So steht es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Für uns FREIE WÄHLER ist dieser Artikel keine leere Floskel, sondern Kern unseres Demokratieverständnisses. Wir fordern deshalb von der Staatsregierung, sich bei den Freihandelsabkommen im Sinne der Bürger und nicht im Sinne der Lobbyisten zu entscheiden.

Unterschriftenaktion für eine Volksbefragung zu TTIP, CETA und TiSA

Die Bürger in Bayern müssen in einer Volksbefragung gefragt werden, ob sie für oder gegen TTIP, CETA und TiSA sind. Für uns FREIE WÄHLER ist es inakzeptabel, dass die Staatsregierung im Bundesrat für etwas stimmt, was die Bevölkerung aus guten Gründen mehrheitlich ablehnt. In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir deshalb die Staatsregierung auf, über das geplante umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) gemäß Art. 88a Abs. 1 LWG eine **Volksbefragung** durchzuführen, sobald es auf europäischer Ebene erfolgreich abgeschlossen wurde und sofern es im Bundesrat ratifiziert werden muss.

Sie finden alle Informationen zur Unterschriftenaktion, die Unterschriftenlisten, unsere Argumente und einen Link zu einer parallel gestarteten Onlinepetition unter: <http://www.fw-bayern.de/index.php?id=102717>

Bitte unterschreiben Sie und informieren Sie auch Ihre Familie, Ihre Bekannten und Freunde über die Unterschriftenaktion.

Ihr
Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL



Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
*Vorsitzender des Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst*

R ü c k b l i c k

FREIE WÄHLER gegen eine Obergrenze bei der Barzahlung

Daran erinnern sich die meisten von uns: das erste Taschengeld. Mit dem Taschengeld, also Bargeld, haben wir den Umgang mit Geld gelernt. Als FREIE WÄHLER treten wir nicht nur für die weitere Beibehaltung von Bargeld ein, sondern sprechen uns auch ganz deutlich **gegen eine Obergrenze** bei der **Barzahlung** aus. Unter dem Titel **Barzahler sind keine Verbrecher** haben wir einen Dringlichkeitsantrag ins Plenum eingebracht. Durch eine solche Obergrenze werden die Rechte und die Freiheiten der Verbraucher, aber auch der redlichen Unternehmer ungerechtfertigt eingeschränkt – und jeder, der größere Beträge in bar zahlt, unter Generalverdacht gestellt. Ob die geplante Obergrenze tatsächlich geeignet ist, um den internationalen Terrorismus, Geldwäsche und Steuerhinterziehung nachhaltig zu bekämpfen, ist dagegen fraglich.

Rücksicht auf ältere Hörer - BR-Hörer nicht zum Umstieg auf Digitalradio zwingen

In unserem letzten Newsletter haben wir bereits berichtet, dass der Sender Bayern 1 die **Volksmusik** streichen will. Nach unserem Schreiben an den Intendanten des BR, Ulrich Wilhelm, der Volksmusik mehr Platz im Programmangebot des Bayerischen Rundfunks einzuräumen und einer entsprechenden Online-Petition haben wir unserer Forderung nun auch mit einem **Dringlichkeitsantrag** zusätzliches Gehör verschafft. Volks- und Blasmusik sind Ausdruck bayerischer Identität und Lebensqualität; sie sind Teil bayerischer Brauchtums- und Heimatpflege sowie Spiegel regionaler Vielfalt und Verbundenheit. Umso erfreulicher ist es, dass wir **mit unserer Forderung eine Mehrheit** fanden.

Verringerung von Plastikmüll

Im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz stand diese Woche auch ein Antrag der FREIEN WÄHLER zur **Verringerung von Plastikmüll** auf der Tagesordnung. Darin fordern wir die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Umsetzung der EU-

Richtlinie 2015/720 zur Verringerung des Verbrauchs von leichten Kunststofftaschen in Deutschland eine Abgabe von 20 Cent pro Einweg-Plastiktüte erhoben wird. Vorbild für unseren Antrag war Irland: Dort hat eine Abgabe von 22 Cent pro Tüte zu einer Verringerung des Verbrauchs von 328 auf 18 Plastiktüten pro Einwohner im Jahr geführt. Leider wurde unser Antrag von der CSU-Mehrheit abgelehnt.

Bericht über Planungs- und Umsetzungsstand der Initiative Ländliche Kernwegenetze

Als Landwirtschaftsminister Brunner 2014 in einer Regierungserklärung die **Initiative Ländliche Kernwegenetze** zur Verbesserung der Agrarinfrastruktur ankündigte, schien dies eine vielversprechende Option für viele Kommunen zu sein. Mit der Initiative sollte eine gemeindeübergreifende und multifunktional angelegte Ertüchtigung des ländlichen Hauptwirtschaftsnetzes erfolgen. Die ist dringend notwendig, schließlich werden landwirtschaftliche Fahrzeuge immer größer und schwerer. Die Förderung und Anpassung des Kernwegenetzes ist daher für den ländlichen Raum lebenswichtig. Je nach Förderart sollten hohe Fördersätze von 60 bis 85

Prozent der Gesamtkosten erreicht werden können. Infolge der Ankündigung machten sich viele Kommunen und Integrierte Ländliche Entwicklungen (ILE) an die Planung und Umsetzung. Leider stellt sich nun in der Praxis oftmals heraus, dass die Kommunen in teils erhebliche Vorleistungen für Grunderwerb, Planung, Gutachten, etc. gehen müssen, die von den Förderungen nicht umfasst sind. Dies führt dazu, dass die Förderung der Gesamtkosten vielerorts weit unter 50 Prozent bleibt.

Besonders für ohnehin finanzschwache Kommunen ist der daraus resultierende hohe Eigenanteil kaum zu bewältigen. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert deshalb in einem Dringlichkeitsantrag einen Bericht über Planungs- und Umsetzungsstand der Initiative. Neben möglichen Fördermitteln für das Kernwegenetz wollen wir auch wissen, ob Fälle bekannt sind, in denen Kommunen nicht geförderte Kosten auf die jeweiligen Anlieger der auszubauenden Kernwege umgelegt haben bzw. umlegen wollen.

Dauerhafte Hilfe für die Betroffenen des schweren Zugunglücks von Bad Aibling

Das schwere **Zugunglück von Bad Aibling** hat uns alle erschüttert. Als Politiker sehen wir es als unsere Aufgabe, den Hinterbliebenen nicht nur unser tief empfundenes Mitgefühl auszusprechen, sondern den Betroffenen auch tatkräftige Unterstützung zu gewähren. Wir fordern deshalb eine dauerhafte Hilfe für die Betroffenen. Unserer Auffassung nach soll die Staatsregierung in Kooperation mit den entsprechenden Organisationen dauerhaft eine zentrale Anlaufstelle für Opfer, Angehörige und Rettungskräfte anbieten, die die Betroffenen bei der Bewältigung der Unglücksfolgen, unter anderem durch Vermittlung spezieller Angebote der psychischen und seelsorgerischen Betreuung, unterstützt. Ferner soll die Vermittlung juristischer Unterstützung für die Geltendmachung von Ansprüchen der Betroffenen forciert werden.

Wir fordern die Staatsregierung außerdem auf zu prüfen, inwieweit den Betroffenen in finanzieller Hinsicht geholfen werden kann, z.B. durch die Einrichtung eines Härtefallfonds oder bei der Überbrückung akuter Notsituationen.

Expertenanhörung zum Entwurf eines Bayerischen Integrationsgesetzes im Sozial- und Verfassungsausschuss

Im Jahr 2015 sind über eine Million Menschen nach Deutschland eingewandert. Viele von ihnen werden dauerhaft bleiben und Teil unserer Gesellschaft werden. Die **Integration** dieser Menschen ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen seit der deutschen Wiedervereinigung. Ob der Integrationsprozess gelingt, hängt davon ab, ob die Zuwanderer ihren Platz in der Gesellschaft finden. Die Staatsregierung darf in einer so wichtigen Frage wie der Integration keinen Alleingang unternehmen. Wir fordern sie daher in einem Dringlichkeitsantrag auf, bei der Entwicklung eines Bayerischen Integrationsgesetzes die Beteiligung der Verbände, vor allem der im bayerischen Integrationsrat vertretenen Verbände, im ausreichenden Maß sicherzustellen. Außerdem wollen wir dafür zeitnah eine **Expertenanhörung** zum Entwurf eines Bayerischen Integrationsgesetzes im Sozial- und Verfassungsausschuss anberaumen. Eine Anhörung hat den großen Vorteil, dass die Abgeordneten ein konkretes Fragerecht besitzen – was bei der regulären Verbändeanhörung nicht der Fall ist.

Refugee Card - elektronische Einkaufskarte für Asylbewerber

Die „Refugee Card“ ist ein Erfolgsmodell aus dem Landkreis Altötting. Dort wurde die **elektronische Einkaufskarte für Asylbewerber** vor rund drei Monaten als Ersatz für das bar ausgezahlte Taschengeld eingeführt. Altötting ist bislang der einzige Landkreis im Freistaat Bayern, in dem es diese Karte gibt. Das soll nicht so bleiben. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion plädieren wir dafür, die elektronische Einkaufskarte flächendeckend zu etablieren. Wir sehen in diesem Modell die perfekte Lösung dafür, die eingesetzten Steuergelder gezielt für den Lebensunterhalt von Asylbewerbern einzusetzen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem stellvertretenden Landrat von Altötting, Konrad Heuwieser (FREIE WÄHLER), haben wir den Medienvertretern erläutert, wie die Einkaufskarte in der Praxis funktioniert.

Die Refugee Cards werden nur an Asylbewerber ausgegeben, die in Gemeinschaftsunterkünften leben. Sobald Asylbewerber in die Unterkünfte kommen, erhalten sie die Karte, die mit maximal 145 Euro aufgeladen ist. Dieser Betrag ist für einen Monat ausgelegt und soll dafür sorgen, dass das sogenannte soziokulturelle Existenzminimum gesichert ist, d.h. mit der Karte können zum Beispiel Handykarten, Kurse oder auch Fahrkarten für öffentliche Verkehrsmittel bezahlt werden. Rund 200 Karten sind bisher an Asylbewerber ausgegeben worden, mit denen können diese in 18 verschiedenen Geschäften einkaufen.

Rückblick Parlamentarischer Abend „Den Rettern den Rücken stärken“

Bei ihrem Parlamentarischen Abend „Den Rettern den Rücken stärken“ wollte die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wissen, wie die Landespolitik Rettungskräfte bei der Bewältigung ihrer Aufgaben besser unterstützen kann. Mit einem Berichts Antrag fassen wir nun nach. Wir wollen von der Staatsregierung wissen, welche **Straftaten 2015 gegen Rettungskräfte** verübt wurden. Allein das Bayerische Rote Kreuz berichtet nämlich schon von 180 Fällen im Jahr 2015, in denen Rettungskräfte verbal oder körperlich angegriffen wurden. Diese besorgniserregende Entwicklung darf nicht länger ignoriert werden.

Straßenausbaubeitragssatzung - Beteiligung der Bürger an den Kosten beschränken

Auf der Tagesordnung des Plenums stand unter anderem die zweite Lesung zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes. Ausgangspunkt unseres Gesetzentwurfes war eine deutliche Erhöhung des Gemeindeanteils an den Straßenausbaukosten. Bislang können bis zu 90 Prozent der Kosten auf die Bürger umgelegt werden. Das ist unserer Meinung nach eindeutig zu viel. Wir wollten deshalb die Beteiligung der Bürger an den Kosten auf maximal 70 Prozent beschränken. Damit sind wir deutlich über die Forderungen aller anderen Fraktionen hinausgegangen – und sprechen uns in unserem Gesetzentwurf auch gegen Luxussanierungen aus: Wenn eine Gemeinde also einen besonders edlen Ausbau plant, muss sie alles, was über die erforderlichen Maßnahmen hinausgeht, aus eigener Tasche zahlen.

Vorschau

In der nächsten Plenarwoche findet ein **Fachgespräch** der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion mit **Dr. Thomas Petri, dem bayerischen Datenschutzbeauftragten**, statt. Wir werden dabei aktuelle Probleme des e-health-Gesetzes erörtern. Insbesondere wollen wir die Probleme im Zusammenhang mit der elektronischen Gesundheitsakte beleuchten.

Und noch etwas: Besuchen Sie die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion auf der **Passauer Frühlingsmesse** vom 5. – 13. März 2016 und lernen Sie unsere Abgeordneten und unsere politische Arbeit im persönlichen Gespräch kennen.

Sie finden uns in Halle 8, Eckstand Nr 827. Wir freuen uns auf Sie!

Impressum

Prof. Dr. Michael Piazzolo, MdL
Bürgerbüro
Giesinger Bahnhofplatz 9
81539 München

Tel.: 089 / 5203 2163
E-Mail: buergerbuero@fw-muenchen-landtag.de

Falls Sie sich für den Newsletter an- oder abmelden möchten, schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an buergerbuero@fw-muenchen-landtag.de.